

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0067/2013/IV

Datum:
14.05.2013

Federführung:
Dezernat I, Kämmereiamt

Beteiligung:

Betreff:

**Bericht über den Verlauf der Haushaltswirtschaft 2013
zum 01.05.2013**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 19. Juni 2013

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Haupt- und Finanzausschuss	06.06.2013	N	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	13.06.2013	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen den Bericht der Verwaltung über den Verlauf der Haushaltswirtschaft 2013 (Stand 01.05.2013) zur Kenntnis.

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.06.2013

Ergebnis der nicht öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.06.2013

9 **Bericht über den Verlauf der Haushaltswirtschaft 2013 zum 01.05.2013** Informationsvorlage 0067/2013/IV

Stadträtin Prof. Dr. Schuster und Stadtrat Dr. Gradel erinnern im Zusammenhang mit der Haushaltswirtschaft an den beschlossenen Haushaltsantrag, im ersten Halbjahr 2013 einen Eckwertebeschluss für die mittelfristige Finanzplanung herbeizuführen.

Herr Heiß, Leiter des Kämmereiamtes, und Oberbürgermeister Dr. Würzner sagen zu, eine entsprechende Vorlage noch vor der Sommerpause in den Beratungslauf einzubringen. Die Beratung soll erst nach der Sommerpause erfolgen.

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Gemeinderates vom 13.06.2013

Ergebnis: Kenntnis genommen

Begründung:

1. Genehmigung des Haushaltssatzung für die Jahre 2013 und 2014 durch das Regierungspräsidium

Nach Beschlussfassung über den Doppelhaushalt 2013/2014 am 18.12.2012 haben wir die Haushaltssatzung dem Regierungspräsidium zur Genehmigung vorgelegt. Mit Schreiben vom 07.02.2013 hat das Regierungspräsidium unseren Haushalt genehmigt und dabei im Genehmigungsschreiben folgendes angemerkt:

„Der Stadt Heidelberg gelingt es trotz der positiven Entwicklung des Steueraufkommens und der Finanzaufwendungen auch in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 nicht, ihren Ressourcenverbrauch zu erwirtschaften. Im laufenden Haushaltsjahr wird ein negatives ordentliches Ergebnis von 5,98 Mio. € erwartet, das sich im Haushaltsjahr 2014 auf 12,71 Mio. € erhöht. Zum Haushaltsausgleich stehen Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren zur Verfügung, so dass der Haushalt als gesetzmäßig eingestuft werden kann.

In den Folgejahren der mittelfristigen Finanzplanung wird mit weiteren Fehlbeträgen von insgesamt 36,24 Mio. € gerechnet, die zu einer vollständigen Aufzehrung der Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses führen und darüber hinaus auch die Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses merklich reduzieren werden.

Die Haushalts- und Finanzplanung zeigt deutlich auf, dass der Ressourcenverbrauch auch bei einem positiven konjunkturellen Verlauf nicht kompensiert werden kann. Ein Abschwächen der Konjunktur würde diese Situation zwangsläufig verschärfen. Die Stadt bleibt deshalb aufgefordert, den Haushaltskonsolidierungsprozess fortzuführen, um das ordentliche Ergebnis der Haushaltsjahre 2013 und 2014 zu verbessern sowie die Fehlbeträge der Jahre 2015 bis 2017 zu vermeiden oder zumindest einschneidend zu reduzieren. Dabei sollten insbesondere die Aufwendungen verstärkt auf Einsparpotentiale untersucht werden.

Die Zahlungsfähigkeit der Stadt ist durch die vorhandenen Finanzierungsreserven im gesamten Finanzplanungszeitraum gewährleistet. Die anhaltend hohe Investitionstätigkeit geht nach der vorliegenden Finanzplanung allerdings mit einem deutlichen Anstieg der Netto-Neuverschuldung ab dem Jahr 2015 einher. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums im Jahr 2017 würde sich der Schuldenstand der Stadt von 188,34 Mio. € auf 316,37 Mio. € erhöhen.

In diesem Zusammenhang wird der Leitantrag des Gemeinderats zur Anpassung des Investitionsprogramms an eine maximale Netto-Neuverschuldung von unter 20 Mio. € pro Jahr ausdrücklich begrüßt.“

Hiermit spricht das Regierungspräsidium im Wesentlichen die Punkte an, die auch der Gemeinderat in den Haushaltsberatungen intensiv diskutiert hat: der nicht ausgeglichene Ergebnishaushalt und das hohe Investitionsvolumen, die beide zum Anstieg der Verschuldung beitragen.

2. Vorläufiger Jahresabschluss 2012

Da die Haushaltsergebnisse des Jahres 2012 auch Auswirkungen auf die Folgejahre haben (u. a. Stand der Rücklagen, Schulden und Zahlungsmittel), hier zunächst eine kurze Zusammenfassung des vorläufigen Abschlusses 2012. Vorläufig deshalb, weil die typischen Abschlussbuchungen (insbesondere Abschreibungen, Bildung und Auflösung von Rückstellungen etc.) noch im Gange sind. Die Vorlage des Rechenschaftsberichts 2012 mit einer ausführlichen Darstellung der Ergebnisse ist für das 2. Halbjahr 2013 vorgesehen.

In 2012 haben wir dem Gemeinderat unterjährig zweimal eine Prognose vorgelegt. Außerdem haben wir im Rahmen der Haushaltsberatungen über weitere Veränderungen informiert. Zusammengefasst ergibt sich für das Jahr 2012 folgendes vorläufiges Bild:

- Das ordentliche Ergebnis liegt voraussichtlich bei +14 Mio. € und ist damit deutlich besser als der Planansatz (-37,9 Mio. €). Schlechter als geplant ist das Sonderergebnis (-15 Mio. € statt 0 Mio. €) aufgrund außerordentlicher Abschreibungen, so dass das Gesamtergebnis des Ergebnishaushalts voraussichtlich knapp negativ ist. Durch die noch ausstehenden Abschlussbuchungen (insbesondere Abschreibungen) können sich jedoch noch gewisse positive oder negative Veränderungen ergeben. Ursache für das gute Gesamtergebnis sind vor allem deutliche Mehrerträge bei den Steuern und Zuweisungen. Soweit diese Entwicklung unterjährig bekannt war, haben wir in den Prognosen und in den Haushaltsberatungen für 2013/2014 darüber informiert. Teilweise ergab sie sich aber erst gegen Jahresende, u. a. durch die jeweils letzten Zahlungen für 2012 beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und den Schlüsselzuweisungen sowie durch unerwartete Gewerbesteuerzugänge in den letzten Wochen (anstelle der gegen Jahresende eher üblichen Rückgänge). Das voraussichtlich knapp negative Gesamtergebnis bedeutet, dass sich die Rücklagen in der Summe um diesen Betrag reduzieren werden; damit liegen sie aber immer noch über den Annahmen, die wir als Ausgangswert für die Planung 2013/2014 zugrunde gelegt haben.
- Diese Verbesserungen spiegeln sich auch im Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit wider (Plan -9,4 Mio. €, Ergebnis +55,7 Mio. €).
- Dank der Verbesserung des Zahlungsmittelüberschusses war es in 2012 nicht erforderlich, die im Haushaltsplan vorgesehene Kreditaufnahme in voller Höhe zu realisieren (16,9 Mio. € statt 34,0 Mio. €). Wie bereits im Haushaltsplan 2013/2014 als Ausgangsbasis zugrunde gelegt, beträgt der Schuldenstand zum 31.12.2012 188,3 Mio. €.
- Außerdem hat der höhere Zahlungsmittelüberschuss zu einer Erhöhung des Zahlungsmittelbestands um 22 Mio. € geführt. Auch dies konnten wir bereits zum größten Teil im Haushaltsplan 2013/2014 berücksichtigen. Durch die o. g. Mehreinnahmen zum Jahresende sowie durch nicht abgeflossene Mittel für Investitionen hat sich der Zahlungsmittelbestand gegenüber den Annahmen im Haushaltsplan 2013/2014 nochmals um rd. 10 Mio. € erhöht. Diese Mittel werden allerdings in 2013 eingesetzt werden müssen, da für die nicht abgeflossenen Investitionsmittel – sofern sie für ihren Zweck in 2013 benötigt werden – Haushaltsreste gebildet werden.

Zusammengefasst lässt sich daher sagen, dass das Jahr 2012 dank guter konjunktureller Rahmenbedingungen deutlich besser abgeschlossen hat als geplant. Allerdings haben wir diese Verbesserungen in wesentlichen Punkten bereits im Haushaltsplan 2013/2014 berücksichtigt, so dass sich durch den Jahresabschluss keine bedeutenden zusätzlichen Spielräume ergeben.

3. Prognose über den Verlauf der Haushaltswirtschaft 2013 (Stand 01.05.2013)

Zum Stand 01.05.2013 haben wir eine Prognose über den Verlauf der Haushaltswirtschaft 2013 erstellt mit folgendem Ergebnis (in Mio. €):

	<u>Plan</u>	<u>Prognose</u>	<u>+ / -</u>
<u>Ergebnishaushalt</u>			
• Ordentliche Erträge	494,0	493,0	-1,0
• Ordentliche Aufwendungen	<u>500,0</u>	<u>500,0</u>	<u>0,0</u>
• Ordentliches Ergebnis	-6,0	-7,0	-1,0
<u>Finanzhaushalt</u>			
• Zahlungsmittelüberschuss d. Ergebnishaushalts	22,7	21,7	-1,0
• Finanzierungssaldo aus Invest.tätigkeit	-53,8	-63,1	-9,3
• Saldo aus Finanzierungstätigkeit	19,0	19,0	0,0
• Verringerung des Finanzierungsmittelbestands	-12,1	-22,4	+10,3

ordentliche Erträge:

Die Mindererträge erwarten wir insbesondere bei den Schlüsselzuweisungen (-0,5 Mio. €) aufgrund des schnelleren Abzugs der amerikanischen Streitkräfte sowie in den großen Gebührenbereichen Abfall und Abwasser (zusammen -0,5 Mio. €). Die Gewerbesteuer entwickelt sich planmäßig.

Vor allem in 2011 und 2012 ergaben sich durch die schnelle Erholung von der Finanz- und Wirtschaftskrise deutliche Mehrerträge gegenüber dem Plan. Durch gestiegene Vorauszahlungen und hohe Nachzahlungen für Vorjahre trug auch die Gewerbesteuer wesentlich zu den Verbesserungen bei. Eine ähnliche Haushaltsentwicklung ist aktuell für 2013 nicht zu erwarten, da die betreffenden Ansätze – aufbauend auf der November-Steuerschätzung bzw. bei der Gewerbesteuer in Anlehnung an die Entwicklung der Vorjahre – bereits relativ hoch sind.

Die Steuerschätzung vom Mai 2013 hat für die Kommunen keine größeren Veränderungen ergeben sondern die Werte aus dem Haushaltserlass, der Grundlage unserer Planung war, im wesentlichen bestätigt.

ordentliche Aufwendungen:

Die Aufwendungen bewegen sich – bei kleineren Verschiebungen zwischen den Kostenarten, die sich aber gegenseitig in etwa ausgleichen – in der Summe auf Planniveau. Der globale Minderaufwand i. H. v. 3,5 Mio. € kann erwirtschaftet werden.

ordentliches Ergebnis:

Damit schließt das ordentliche Ergebnis knapp schlechter ab als geplant (-1,0 Mio. €).

Investitionstätigkeit:

Der Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit ist höher als geplant. Da hohe Haushaltsreste von 2012 nach 2013 gebildet werden müssen (u. a. 5,1 Mio. € als Stammkapital für die neue Konversionsgesellschaft), war der höhere Mittelbedarf zu erwarten.

Veränderung Finanzierungsmittelbestand:

Dieser Mehrbedarf kann jedoch aus dem höheren Kassenbestand, der zum Jahresende 2012 erreicht wurde (siehe hierzu unter Ziffer 2; +10 Mio. € gegenüber den Annahmen), bestritten werden. Damit erhöht sich zwar die Entnahme aus dem Finanzierungsmittelbestand gegenüber dem Plan 2013, doch dies wird – wie beschrieben – durch den verbesserten Ausgangsbestand zum 01.01.2013 ausgeglichen.

Kreditaufnahmen / Schuldenstand:

In 2013 haben wir bis zum Prognosezeitpunkt noch keine Kredite aufgenommen. Bei den Kreditaufnahmen wollen wir vorrangig zinsgünstige Kredite der KfW in Anspruch nehmen, die insbesondere für den Platzausbau im Bereich der Kleinkindbetreuung, für barrierefreies Bauen und für energetische Sanierungen angeboten werden. Die Entscheidung über die Höhe und den Zeitpunkt weiterer Kreditaufnahmen erfolgt unter Berücksichtigung des Kassenbestands und der weiteren Zinsentwicklung.

4. Bewertung der Prognoseergebnisse und weiteres Vorgehen

Trotz der geringfügigen Verschlechterung im Ergebnishaushalt ist das Prognoseergebnis – vor allem so früh im Haushaltsjahr – nicht als negativ zu bewerten. Zur Vorsorge für mögliche weitere Verschlechterungen sollte die Haushaltssperre i. H. v. 1,5 Mio. € aber noch beibehalten werden. Außerdem sollte bereits jetzt die Haushaltsentwicklung der kommenden Jahre, die in den Haushaltsberatungen 2013/2014 großen Raum eingenommen hat, in den Blick genommen werden.

Grundintention des Leitantrags, den der Gemeinderat mit dem Haushalt 2013/2014 beschlossen hat, ist es, die Schuldenentwicklung zu begrenzen, u. a. um die gesetzten stadtentwicklungspolitischen Ziele zu erreichen, als Stadt attraktiv und handlungsfähig zu bleiben und den Menschen Teilhabe zu ermöglichen.

Angesichts der großen Chancen aber auch der Herausforderungen, die vor allem die zentralen Themen Bahnstadt, Konversion und Mobilitätsnetz aber auch viele weitere wichtige Aufgaben wie die Sicherstellung des Rechtsanspruch auf Kleinkindbetreuung und die Weiterführung der Schulsanierungen beinhalten, ist die Entwicklung der Verschuldung mit Sicherheit ein zentral wichtiges Thema.

Erschwerend kommt hinzu, dass wir in Folge des EU-Zensus 2011 – wie alle größeren Städte und dabei vor allem die klassischen Universitätsstädte – deutliche Einbußen bei der amtlichen Einwohnerzahl und damit bei den Schlüsselzuweisungen als einer unserer wichtigsten Einnahmequellen werden in Kauf nehmen müssen. Gemeinsam mit dem Städtetag und den übrigen betroffenen Städten wurde auf diese Entwicklung frühzeitig aufmerksam gemacht. Mittels Übergangslösungen können diese negativen Effekte zumindest teilweise abgefedert werden.

Unter diesen Rahmenbedingungen sollte im laufenden Haushaltsjahr der Fokus vor allem darauf gelegt werden, das Wachstum der Konsumausgaben – also der laufenden Aufwendungen des Ergebnishaushalts – zu begrenzen. Mehraufwendungen sollten im Regelfall nur bei gleichzeitigen Minderaufwendungen genehmigt werden. Dies trägt dazu bei, den Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit mindestens auf Planniveau zu halten, im besten Fall mögliche Verbesserungen unmittelbar für die Investitionsfinanzierung verwenden zu können. Dies würde dann den Spielraum für Folgejahre vergrößern statt ihn durch ein zusätzliches Aufwandswachstum einzuengen.

Wir beabsichtigen, nach der Sommerpause eine weitere Prognose sowie den unterjährigen Steuerungsbericht vorzulegen.
Der nächste Schritt wäre dann die gesetzlich vorgeschriebene Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung, auf der dann ein Eckwertebeschluss für den Haushalt 2015/2016 aufsetzen kann.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU1	+	Solide Haushaltswirtschaft Begründung: Die Kenntnis über die aktuelle finanzielle Lage der Stadt ermöglicht es dem Gemeinderat, sich mit seinen Sachentscheidungen an der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des Gesamthaushalts zu orientieren. Die vorläufige Beibehaltung der Haushaltssperre trägt dazu bei, auf ggfs. eintretende Verschlechterungen der finanziellen Situation reagieren zu können und damit den Kreditbedarf im Rahmen des Planwertes zu halten.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

gezeichnet

Dr. Eckart Würzner